

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michen.

27. Jahrgang, Wien, Freitag, den 14. Jänner 1921.

Wieners Gemeinderat als Landtag.

Sitzung, vom 14. Jänner 1921.

Präsident Dr. Danneberg eröffnet die Sitzung und teilt mit, daß GR. Kunschak (chr. soz.) einen Dringlichkeitsantrag wegen Ausweisung der Ostjuden eingebracht hat, der am Schluß der Sitzung zur Verhandlung kommt.

Hierauf wird die erste Lesung die Gesetzesvorlage betreffend die Einhebung einer Abgabe von freiwilligen Versteigerungen in der Stadt Wien vorgenommen.

StR. Breitner (Soz. Dem.) berichtet hierüber und weist darauf hin, daß in Wien Versteigerungen von wirklichen Verbrauchsgegenständen mit Ausnahme des Dorotheums nicht üblich sind, daß die Versteigerungen, die sich selbst im privaten Verkehr abspielen, lediglich Versteigerungen von Kunstgut sind, die dem Bedürfnissen der besser situierten Kreise dienen und internationalen Charakter haben. Von diesem Gesichtspunkte aus dürfe die Steuer nicht zu hoch angesetzt werden, da sonst die Gefahr bestehe, daß die Versteigerungen sich nicht mehr in Wien abspielen, was einen volkswirtschaftlichen Schaden der Stadt Wien bedeuten würde. Nach reiflichen Erwägungen und Heranziehung von Fachleuten wurde ein Steuersatz von 7 % gewählt, der nicht die Gefahr der Tötung des Steuerobjektes beinhaltet, aber doch gegen der derzeitigen 2%igen Steuer eine Erhöhung der Einnahmen darstellt. Die Versteigerungen von Rohstoffen und Halbfabrikaten im Transithandel, die verhältnismäßig selten stattfinden, die aber nach Bestrebungen der Börse ausgestaltet werden sollen, werden mit 1 % festgelegt. Bezüglich der Versteigerungen durch das Dorotheum soll der Gemeinderat ermächtigt werden, Ermäßigungen bis zur Hälfte der genannten Sätze eintreten zu lassen. Diese Behandlung des Dorotheums habe den Grund in dem gemeinnützigen Charakter der Anstalt und darin, daß die Gemeinde in jahrelanger Verbindung mit dem Dorotheum steht, die durch die Umgestaltung des Dorotheums in eine Aktiengesellschaft, an der die Gemeinde mit 60% beteiligt sein will, noch enger gestaltet werden soll. Der Referent weist darauf hin, nicht angeben zu können, welcher Ertrag aus der Erhöhung der Versteigerungsprozente kommen wird, weil es davon abhängt, in welchem Ausmaß, Güter zur Versteigerung kommen. Die letzten Versteigerungen haben außerordentlich hohe Beträge abgeworfen, so daß die Einnahme mehrere Millionen Kronen betragen kann. Die exekutiven Feilbietungen werden durch das Gesetz nicht betroffen, da es auch bisher nicht üblich war hiervon Armenprozente einzuheben, weil diesen Versteigerungen der Charakter der Freiwilligkeit geblieben

GR. Zimmerl (christlich-sozial) richtet zunächst an den Präsidenten die Bitte, die Stunde des Beginnes der Sitzung in den Einladungen richtig anzugeben, da die Gemeinderäte für die heutige Sitzung für 4 Uhr eingeladen wurden, die Sitzung habe aber erst um 3/4 5 Uhr begonnen. Sodann führt der Redner darüber Beschwerde, dass die Vorlage im Justizausschusse erst während der Sitzung den Ausschussmitgliedern vorgelegt worden sei, so dass diese nicht in der Lage waren, sich über deren Inhalt schon vor der Sitzung zu informieren. Sodann stellt der Redner den Antrag, dem § 1 der Vorlage möge beigefügt werden: „Die Versteigerung der nicht ausgelassenen Pfänder im Dorotheum und den konzessionierten Pfandleihanstalten gilt nicht als freiwillige, sondern als exekutive“. Ferner solle der Gemeinderat ermächtigt werden, bei freiwilligen Versteigerungen Ermäßigungen bis zur Hälfte der Steueransätze eintreten zu lassen.

GR. Papsch (christlichsozial) unterstützt den Antrag des GR. Zimmerl und gibt seiner Freude darüber Ausdruck, dass mit dem Dorotheum besondere Abmachungen getroffen werden und dass die Gemeinde Wien dem Dorotheum in ein engeres Verhältnis treten werde. Bei den Versteigerungen möge man darauf Rücksicht nehmen, dass nur vertrauensenerweckende Personen hierzu die Bewilligung bekommen.

GR. Feldmann (deutschnational) wünscht, daß für Versteigerungen von Lebensmitteln der ermäßigte Prozentsatz der Abgabe zugelassen werde, und stellt einen diesbezüglichen Zusatzantrag.

GR. Doppler (chr. soz.) vermisst in der Vorlage eine klare Bestimmung darüber, welche Art Versteigerungen als freiwillig und welche als unfreiwillig anzusehen sind. Es mache den Eindruck, als ob diese unklare Fassung beabsichtigt wäre, Redner rügt dann das Treiben der Versteigerungshyänen und fordert die Landesregierung auf, diesen unglaublichen Exzessen der Schieber und Schleichhändler mit energischen Maßregeln entgegenzutreten.

Referent Breitner betont, daß das Dorotheum nach der Umgestaltung auch als Käufer und Mitbieter wird auftreten können, was bisher nicht der Fall war, wodurch vielfache Mißbräuche werden abgestellt werden.

Bei der Abstimmung wird der Zusatzantrag Feldmann angenommen, der Zusatzantrag Zimmerl abgelehnt. Das Gesetz wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluß erhoben.

I. Präsident GR. Schmid übernimmt den Vorsitz. Sodann berichtet GR. Proszner (Spz. Dem.) über die Gesetzesvorlage betreffend die Einhebung einer Gemeindeabgabe für das Halten von Hunden in der Stadt Wien und sagt, die Erhöhung dieser Steuer habe nicht die Absicht der Gemeinde neue Einnahmen zu verschaffen, sondern sei schon damit begründet, weil der bisherige Steuersatz von 20 K dem heutigen Geldwerte nicht mehr entspreche

und schon die Eintreibung dieser Steuer eine Mehrausgabe verursache und damit den eigentlichen Zweck des Gesetzes aufhebe. Im Übrigen sei auf jene Hundebesitzer, die Rücksicht verdienen, auch Rücksicht genommen worden.

GR. Vaugoin (chr. soz.) erklärt, der Aufbau und die Konstruktion des Gesetzes lassen Gerechtigkeit vermissen. Durch die hohe Besteuerung werden vielen Angehörigen des Mittelstandes der Arbeiterkreise treue Wächter und Freunde des Hauses weggenommen. Gerade diese Kreise befassen sich mit der Hundezucht. Künftighin wird ihnen die Möglichkeit genommen Rassehunde aufzuzüchten. Die Steuer ist aber auch ungeschickt aufgebaut, als Luxushunde werden alle möglichen Rassen aufgezählt, nur auf die Grubenhunde habe die Mehrheit vergessen. (Heiterkeit!) Wie soll man nun die Reinrassigkeit konstatieren? Soll etwa jeder Hund dem Herrn Referenten vorgeführt werden oder will man eine eigene Magistratsabteilung für Rassenprüfung mit einem amtsführenden Stadtrat an der Spitze einführen? Die Art der Steuer öffne allen möglichen Betrügereien und Schwindeleien Tür und Tor. Zweckmäßiger wäre die Bemessung nach der Höhe des Einkommens des Hundebesitzers. (Abgeordneter Eldersch: Dann schenkt der Herr den Dienstboten den Hund und die höhere Steuer geht wieder verloren). Solchen Machinationen könnte man schon wirksam begegnen. Redner stellt zu § 2 Absatz 3 den Zusatzantrag, die Ermäßigung auf 100 K auch auf nicht gewerbsmäßigen Züchtern zu bewilligen, wenn ihr Ansuchen Berücksichtigung verdient.

GR. Angeli (christlichsozial) weist darauf hin, dass es viele Leute gibt, die einen Grund oder ein Häuschen haben und die nach dem Gesetze 40 K Steuern zahlen sollen. Bisher waren 5 K Steuer, die aber nicht eingehoben wurden, sondern es wurden 20 Kronen eingehoben, nach diesen Erfahrungen werden auch die 40 Kronen nicht eingehoben werden, sondern ein höherer Betrag. Redner bemängelt die Aufzählung der Hundrassen und meint, dass ein Schäferhund oder ähnliche keine Luxustiere sind. Er beantragt die Rückverweisung der Vorlage.

Bei der Abstimmung wird der Rückverweisungsantrag abgelehnt.

GR. Hüss (Sozialdemokrat) betont, dass es notwendig sei in einer Zeit, wo tausende von Menschen Mangel an Nahrung und Kleidung leiden, die Leute, die sich das Vergnügen leisten können, einen Hund zu haben, zu einer entsprechenden Abgabe an die Gemeinde zu verhalten. Leute, die 10.000 Kronen Finderlohn für einen Hund geben können, auch einen entsprechend hohen Steuersatz leisten können. Es sei aber auch richtig, dass die Gesetzesvorlage einige Härten enthalte. Redner beantrage daher die Ergänzung der Aufzählung der Rassen, ferner, dass für Personen, die im Jahre 1920 ein Einkommen von nachweisbar nicht mehr als 120.000 Kronen hatten, für jeden Hund gleichgiltig welche

Rasse 100 Kronen zu zahlen haben und dass das Gesetz mit 21. Dez. 1921 ausser Kraft gesetzt wird.

GR. Dr. Altmann Horzko (christlichsozial) findet den Zahlungstermin bis 15. Februar zu kurz bemessen und gibt zu bedenken, dass eine die ohnehin mit Arbeit überlastet seien, in der kurzen Zeit von dies der Finanzmonat sei und andererseits die Steuerkonten knapp einem Monat die Durchführung und Einhebung dieser Steuer nicht bewerkstelligen können. Wenn für die Überschreibung der

Hand Bärner, Alois Firnstain, Matthias Fuchs, Josef Gnapp, Michael Hirschmann, Franz Kronberger, Wilhelm Kubie, Michael Weisl, Karl Neuffer, Karl Schmidt, Anton Schuldesfeld, Laurenz Steiner, Jakob Wlk (16. Bezirk), Franz Kaba, Anton Maierhofer, Anna Matanschek, Sophie Stehlik, Karl Volk (17. Bezirk), Wenzel Odhratzky (19. Bezirk), Anton Alt, Karl Anfried, Karl Aumann, Karl Benda, Johann Caithaal, Josef Ceoh, Franz Fiala, Karl Erhardinger, Leopold Gröbl, Karl Hofmeister, Jakob Hoydn, Rudolf Kainzmayer, Roman Kienast, Heinrich Kubera, Alois Leinböck, Johann Viktori (20. Bezirk). In seiner Ansprache betonte VB. Dr. Porzer die besonderen Schwierigkeiten und ^{von} dankbare Arbeit der Armenräte, die ~~bei~~ ^{von} denjenigen, die aus Gemeindemitteln bedacht werden, nur selten den entsprechenden Dank und das Verständnis für Wohltaten empfangen. Man müsse aber Nachsicht üben, da die Armen durch Elend und Not sich meist in einem Gemütszustande befinden, daß man nicht den gewöhnlichen Maßstab an ihr Benehmen legen dürfe. Wenn sich die soziale Frage schon nicht lösen läßt, so seien die Schwierigkeiten derselben doch zu mildern, wenn sich aus den Kreisen der Bürgerschaft Herren und Damen finden, die ihre Kraft in die Dienste der guten Sache stellen. - Nachdem dem provisionierten Kutscher der städtischen Feuerwehr Alois Riedl ein Ehrengeschenk der Gemeinde im Betrage von 5 Dukaten überreicht worden war, nahm VB. Dr. Porzer im Gemeinderats-Sitzungssaale die Beerdigung von neuernannten Bürgern vor, wobei Präsidialsekretär Böttger die Eidesformel verlas. Vizebürgermeister Dr. Porzer erläuterte in seiner Ansprache zunächst die Pflichten eines Bürgers von Wien und führte dann aus: Insbesondere werden Sie sich die Pflicht vor Augen halten, den deutschen Charakter der Stadt Wien stets zu wahren. Diese Pflicht hat keine Spitze gegen eine andere Nationalität, denn es ist selbstverständlich, daß auch solche Bürger, die eine andere Sprache sprechen in Wien wohnen können. Was wir aber sagen wollen ~~ist~~ ist, daß Wien eine deutsche Stadt und der deutsche Charakter auch von jenen Nichtdeutschen anerkannt werden müsse, die hier ihren Erwerb oder Verdienst finden. (Lebhafter Beifall.) - Nun wurden im Empfangssalon des Bürgermeisters verschiedene kommunale Auszeichnungen überreicht. Zuerst erhielt Gemeinderat Karl Hofmann die große goldene Salvator-Medaille, wobei VB. Dr. Porzer die Verdienste des Ausgezeichneten als ehemaligen Bürgermeister von Kagran, in der Frage der Einverleibung des 21. Bezirkes für den Bezirksteil Kagran, hervorhob. - Dem Gesangsverein „ Simmeringer Männerchor " wurde die ihm aus Anlaß der Feier des 30 jährigen Bestandes verliehene goldene Salvator-Medaille überreicht, wobei der Vorstand des Vereines Anton Seika um die Erlaubnis bat, drei Mitglieder welche seit dem Bestande dem Verein angehören, vorstellen zu dürfen und zwar die Herren Franz Hasenöhrl, Viktor Pfau und

Stefan Schläger. - Dem 1. Obmann-Stellvertreter des Armeninstitutes für den 22. Bezirk Josef Politzar wurde hierauf ebenfalls die goldene Salvator-Medaille überreicht, wobei VB. Dr. Porzer in seiner Ansprache auch noch ausführte, daß für das Amt eines Armenrates Aufopferung gehört, umso mehr als man damit nach außen nicht glänzen noch prunken könne sondern im Stillen wirken müsse. Der 2. Obmann-Stellvertreter Trulay gedachte in seiner Rede auch der Verdienstvollen Unterstützung durch die städt. Beamtenschaft. - Nun wurde den Fabrikantensgattinnen Emy und Martha Mautner von Markhof die große Goldene Salvator-Medaille als Anerkennung für die Akte der Wohltätigkeit, die sie seit Jahren geübt, überreicht. Dr. Porzer führte in seiner Beglückwünschungsrede aus: Die von Ihnen geübte Wohltätigkeit ist ja gerade für den 21. Bezirk von besonderer Bedeutung; er ist von einer großen Arbeiter-Bevölkerung, von einer großen Menge armer Leute bewohnt, welchen es besonders wohltut, wenn man sie namentlich im Winter und zu Weihnachten bedenkt. Sie haben dies immer in reichlichen Maße getan, sind sich der Pflichten des Besitzes stets bewußt gewesen und es wäre wünschenswert, wenn in weiteren Kreisen unter den Besitzenden die Ansicht Platz greifen würde, daß eine Verpflichtung bestehe, auch diejenigen zu bedenken, welche nicht mit Glücksgütern gesegnet sind. Sie haben immer im Stillen gewirkt und dies kennzeichnet so recht den eigentlichen Sinn und den wahrhaft christlichen Charakter des Wohltuns. Bezirksvorsteher Anderer betonte, daß die beiden ausgezeichneten Damen stets zur Linderung der allgemeinen Not beigetragen haben, wofür ihnen der besondere und innige Dank des Bezirkes gebührt. Bezirksvorsteher-Stellvertreter Schöpflenthner dankte im Namen des Armeninstitutes als dessen Obmann für die hochherzigen Zuwendungen, durch welche den Armenräten so oft Gelegenheit geboten sei, Not und Elend zu lindern. StR. Knoll hab dem Wunsche Ausdruck, daß die Damen auch in Zukunft der Armen des 1. Bezirkes nicht vergessen mögen. - Hierauf wurden dem kaiserlichen Rat und Gemeinderat Karl Ahorner die ihm anlässlich seines 70. Geburtstages verliehene große goldene Salvator-Medaille überreicht, wozu sich sämtliche Stadträte korporativ mit Vizebürgermeister Hierhammer an der Spitze einfanden. VB. Dr. Porzer sagte in seiner Ansprache an den Ausgezeichneten: Sie gehören durch 12 Jahre der Gemeindevertretung Wiens an und Sie haben während dieser Zeit ihre ganze Mühe, ihren ganzen Fleiß und ihre ganze Tätigkeit darauf verwendet, die Interessen der Gemeinde in allen Punkten zu fördern. Speziell Dank weiß Ihnen die Gemeinde dafür, daß Sie in den Versorgungshäusern, namentlich in Lanz die Schuhfabrikation welche bis dahin sich in einem ziemlich primitiven Zustande befand, neu eingerichtet und verbessert haben. Sie waren auch auf anderem Gebiete tätig und so können Sie zurückblicken auf

Zahlungsfrist Verzugszinsen verlangt werden, würde also das Publikum gezwungen, dieselben ohne sein Verschulden zahlen zu müssen.

GR. Eiber (christlichsozial) findet die Textierung "Hunde zur Bewachung des Hauses" unklar und schlägt vor, anstatt dessen zu sagen, Hunde zu Wach- oder anderen Zwecken. Er findet ferner wie die Vorrednerin die Frist zu kurz und würde wünschen, dass das Gesetz 4 Wochen nach der Verlautbarung in Kraft trete.

GR. Doppler (chr. soz.) empfindet den Antrag des GR. Hiess als Halbheit, denn gerade durch die vorgeschlagene Abstufung bleiben die Reichen, Schieber und Schleichhändler verschont. Die Sozialdemokraten beweisen auch bei dieser rein sachlichen Angelegenheit ihr Demagogie. Redner kritisiert schliesslich die Geschäftsordnung des Landtages, die sehr reformbedürftig sei und fordert den Bürgermeister als Landeshauptmann auf, dem Hause einen tauglichen Entwurf vorzulegen, damit der Gemeinderat als Landtag wirklich zu einer gesetzgebenden Körperschaft gemacht werde.

GR. Rudolf Müller (Landstrasse) (Soz.-Dem.) meint, dass es selbstverständlich ist, dass bei einer solchen Hundedebatte Demagogie betrieben wird. Der Gesetzentwurf werde durch die Anträge des GR. Hiess sehr verbessert und viele Bedenken, die sonst hätten gehegt werden müssen, seien nun beseitigt. Es sei aber notwendig, dass in der Durchführungsverordnung zu diesem Gesetze gewisse Erleichterungen geschaffen werden. Vor allem müssen diese Erleichterungen den Hundezüchtern und den Tierschutzvereinen durch die Gewährung einer grösseren Anzahl von Freimarken gewährt werden. Es dürfe die Aufzucht die auch vom Standpunkt des Exportes hohe Bedeutung habe, nicht unmöglich gemacht werden. Redner erklärt, dass man nach Annahme der Anträge des GR. Hiess ohne weiters für die Vorlage stimmen könne.

GR. Kunschak (christlichsozial) beantragt unter Hinweis auf die in der Debatte zutage getretenen Bedenken mannigfacher Art die Rückverweisung der Vorlage an den Ausschuss.

Der Referent spricht sich gegen die Rückverweisung aus. Der Rückverweisungsantrag wird mit 22 62 gegen 40 Stimmen abgelehnt.

In seinem Schlussworte gibt der Referent seiner Verwunderung darüber Ausdruck, dass die christlichsoziale Partei heute in so heftiger Weise gegen die Vorlage ankämpfe, während sie bei der Beratung im Finanzausschuss einmütig dafür gestimmt hat. Es wurden sogar vom christlichsozialen GR. Angermayer eine ganze Reihe von Verschärfungen beantragt. Diesen christlichsozialen Anträgen ist es zuzuschreiben, dass ausserdem den blossen Schosshündchen auch noch die anieren Rassehunde zur Aufzählung in der Vorlage gelangt sind.

Rufe bei den Sozialdemokraten: Hört! Das ist Hundedemagogie und Hundekomödie!

Rummelhardt (chr. soz.): Hat GR. Rudolf Müller auch Demagogie betrieben?

GR. Forstner (Soz. Dem.): Wir reden von GR. Angermayer.

Der Referent sagt, dass die Vorlage durch die Anträge des GR. Hiess, denen er sich anschliesse, eine bedeutende Abschwächung aller Härten erfahren habe. Er widerlegt die Ausführungen der einzelnen Redner der christlichsozialen Partei.

GR. Zimmerl (chr. soz.) berichtet tatsächlich, dass die christlichsozialen Mitglieder des Finanzausschusses bei der Verhandlung im Ausschuss den Antrag auf Verlegung gestellt haben, der abgelehnt wurde, wodurch sie zur Verhandlung gezwungen wurden.

Referent berichtet tatsächlich, dass die christlichsoziale Partei nicht genötigt wurde für die Vorlage zu stimmen, dass sie aber für das Gesetz gestimmt und Verschärfungsanträge gestellt hat.

Rufe bei den Sozialdemokraten: Hört, so eine Komödie!

Bei der Abstimmung werden die Anträge des GR. Hiess und der Antrag Josef Müller angenommen, die anderen Anträge abgelehnt. Das Gesetz wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluss erhoben.

Präsident Dr. Danneberg bringt sodann den Dringlichkeitsantrag Kunschak in der Ostjudenfrage zur Verhandlung und erteilt dem GR. Kunschak das Wort.

GR. Kunschak (christlichsozial): Gegenwärtig tagt eine Enquete über Freisabbau und im Beginne derselben sind nicht nur sachlich, sondern auch politisch sehr beachtenswerte Worte gefallen. Ein sozialdemokratischer Redner hat angekündigt, dass am 20. Jänner mit dem Aufhänge der Schieber vor der Börse begonnen wird. Ich will nicht sagen, dass diese Aeusserung in voller Ueberlegung ausgesprochen wurde. Ich beurteile sie als eine Aeusserung, gefallen der Aufregung. Immerhin aber war diese Aeusserung symptomatisch für die Stimmung weither Massen der Bevölkerung ohne Unterschied der Partei in Wien. Dass der sozialdemokratische Redner den Platz vor der Börse just sich zum Schauplatz seiner Tätigkeit ausersehen hat, ist erklärlich. Wer vor der Börse vorübergeht, sieht dort überall die typischen Gestalten der Ostjudenschaft, die dort das ganze Leben ausmachen. Und die Bevölkerung sieht auch ihre Schlussfolgerungen vielfach dahin, dass die Börse und das Treiben der Ostjudenschaft in ihr ein grosses Stück unseres vaterländischen und insbesondere unseres Wienerlandes herbeigeführt hat und noch weiterhin die traurige Lage unseres Volkes überaus verschärft. Das Neue Wiener Tagblatt hat die Aeusserung des erwähnten Redners in einem Leitartikel registriert und diesem das zutreffende Wort an die Spitze gestellt: „Flammenzeichen“. In der Tat, diese Zeichnung trifft vollauf zu, nicht nur auf die Ausführungen des erwähnten Redners, sondern gibt getreulich wieder, die Stimmung, die in den breiten Massen der Wiener Bevölkerung lebt. Sie zeigt uns aber auch, welche Gefahr bereits die ungelöste Ostjudenfrage für die öffentliche Ruhe und Ordnung in Wien geworden ist, und dass es die höchste Zeit ist, jetzt endlich einmal damit einzusetzen, dass diese Frage rasch t

soll nicht aus der von vielen leider bestellierten Ostjudenfrage die sogenannte Komplikation für unser öffentliches und soziales Leben sich ergeben. Hier Ordnung zu schaffen, ist Sache der Landesregierung bzw. des Landeshauptmannes und damit glaube ich die Dringlichkeit des Antrages gegeben. Sodann verliest Redner seinen schriftlich eingebrachten Dringlichkeitsantrag und bittet demselben die Dringlichkeit zuzuerkennen.
Bei der Abstimmung wird der Dringlichkeit zugestimmt.
Präsident Dr. Danneberg: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kunschak.
GR. Dr. Grün (Soz. Dem.): Sehr unangenehm!
GR. Kunschak (chr. soz.): Durchaus nicht unangenehm! Ich lege keinen Wert auf Reden, sondern auf Fassen. Ich lege keinen Wert darauf, dass eine Debatte abgehalten wird, wenn Sie es wollen so können wir darauf verzichten. Es scheint aber, dass die Herren von der anderen Seite darauf Wert legen. In diesem Augenblicke möchte ich auf das Wort, ich habe ja immer wieder Gelegenheit mich zu melden, wenn es mir notwendiger erscheint. (Beifall bei den Christlichsozialen!)

Landeshauptmann Rummelhardt: Der Dringlichkeitsantrag behauptet, dass die Gefahr, die durch Nichtlösung der Ostjudenfrage entsteht, eine sehr bedeutende ist. Ich kenne sehr genau die Gefahr, die dadurch entstanden ist, dass eine Reihe von Parasiten an den Körper des Volkes zehren, ich kenne sehr genau die daraus für die öffentliche Ordnung entstehenden Folgewirkungen. Aber diese Gefahr ist nicht einzig und allein von Ostjuden heraufbeschwor worden, sondern im reichlichen Masse auch von Leuten, die dem Ostjudentum nicht angehören, welche glauben, dass jetzt die Zeit sei, reichliche Früchte aus der Not des Volkes einzuhelmsen.
Dr. Plaschkes (Jüd. Nat.): Auch von jenen Leuten, die die Ostjudenfrage ausschrotten.
Rummelhardt fortfahrend: Dass die Ausbeutung der Not des Volkes von fremden zugereisteten Elementen betrieben wird, daran ist nicht zu zweifeln. Keine erste Tat als Landeshauptmann war, vom Poli-

Bgm. Reumann eröffnet die Sitzung und teilt mit:

Gespendet haben: William Klauter in Bricelyn für Arme, Notleidende und besonders arme Kinder 38.462 K.

Henry Scharg in New York für bedürftige Kinder Wiens 21.000 K.

Für die Armen des 1. Bezirkes Siegfried Spitz, I., Am Hof 11, 1000 K, S. Schöngut und Max Weber, Besitzer des "Etablissements "Parisien" 5000 K.

Franz Pranter, IV., für christliche, arme, deutsche Gewerbetreibende des 4. Wiener Gemeindebezirkes als Legat von 2000 K.

Für Arme des 13. Bezirkes Karl Bundschuh, XIII., 1000 K, Marie Soucek, XIII., 200 K

Reginald Warren in Chicago für hungernde Kinder Wiens 790 K.

Adele Gotthelf, I., für die Armen Wiens 2000 K.

Dr. Isidor Lamberger, II., für die Armen Wiens 200 K.

Direktor Viktor Fuchs, VI., für arme Blinde 600 K.

Die Dresdner Bank in Berlin für arme Wiener Kinder 210 K.

Vize-Bgm. Emmerling vertritt die von der Strassenbahn-Direktion gemachten Vorschläge für die Tarifierhöhung und betont, dass bei der Strassenbahn mit bedeutend höheren Ausgaben für den Betriebspark berechnet werden muss, als in früheren Jahren, wo die Mehrkosten für die Verlängerung einer Linie ohneweiters aufgebracht werden konnten. Heute sei dies unmöglich, ganz abgesehen, dass ein Kilometer Strassenbahn auf nahezu 5 Millionen Kronen zu stehen kommt. Die Strassenbahn sei aber auch darauf angewiesen sich die Reise diktieren zu lassen. Die Gründe der letzten Tarifierhöhung seien ja bekannt; damals wurde eine Erhöhung vorgenommen, die sich gemessen nach dem was heute in Vorschlag gebracht wird, in normalen Grenzen bewegt hat. Die Strassenbahn ist in erster Linie dazu da, die Leute von und in die Betriebsstätten zu befördern. Während des Krieges und auch unmittelbar nach dem Kriege konnten im Wagenpark keine Reparaturen vorgenommen werden, weil das Material nicht zu beschaffen war. Wenn damals ungefähr 900 Wagen in Betrieb waren, so stehen heute ungefähr 1100 Wagen im Dienste.

Als im Vorjahre der 3 Kronen-Tarif beschlossen wurde, erklärte die Opposition, dass durch diesen Tarif die Strassenbahn zum Bankrott getrieben werde, weil es der Bevölkerung unmöglich gemacht werde kurze Strecken zu fahren und sie erklärte, dass es zweckmäßiger wäre, anstatt des Einheitstarifes den Zonentarif einzuführen, der eine grössere Einnahme auf den Wagenkilometer ermöglichen würde. Vom Standpunkte der Betriebsführung sei diese Annahme richtig gewesen. Wie sich aber der Verkehr abwickelt, so wäre die Strassenbahn bei dem abgestuften Tarif nicht zu dem finanziellen Ergebnis gekommen, das sie Ende Dezember 1920 hatte. Bei der

Einführung des 3 Kronen-Tarifes wurde mit einem Abfall von 15% gerechnet, der auch unmittelbar nach Inkrafttreten des Tarifes eintrat, der sich aber auf 3 - 4 % ermässigte, und im abgelaufenen Jahre nicht ganz wettgemacht werden konnte. Es ist aber zweifellos, dass er in den nächsten Wochen wieder ausgeglichen werden können.

Die der Strassenbahn erwachsenden Neu- und Mehrbelastungen müssen gedeckt werden, mit einer weiteren Erhöhung der Betriebskosten muss gerechnet werden und die Gemeindeverwaltung war verpflichtet, im Tarife die Sicherheit zu bieten, dass die Strassenbahn wenigstens keinen bedeutenden Abgang aufweist. Es kann nicht verlangt werden, dass andere Unternehmungen der Gemeinde das Defizit der Strassenbahn tragen, dass die allgemeine Verwaltung die Steuern oder sonstige Abgaben die Abgänge der Strassenbahn deckt, es muss dafür gesorgt werden, dass der Tarif die Möglichkeit bietet, die Ausgaben und Produktionskosten durch Neueinnahmen decken zu können. Die Mehrausgaben setzen sich zusammen aus den Ausgaben für das Personal. Die Strassenbahn hat jetzt 14700 Personen im Verkehrsdienst, hat im vorigen Jahre 15½ Tausend im Verkehrsdienst, was eine Verminderung um rund 800 Personen bedeutet. Dies zeigt von einem Abbau, der sich allerdings nicht so äussert, dass einfach Leute entlassen werden, sondern dass diese entweder in anderen Unternehmungen untergebracht oder auf andere Plätze der Gemeinde gegeben werden. Die Gemeinde hat das grösste Interesse daran, dass der Personalüberstand schwindet, was dadurch möglich gemacht werden könnte, wenn die Möglichkeit gegeben würde, den Verkehr morgens und früh auszudehnen. Wenn diese 14700 Menschen auch nur eine ganz geringe Zulage bekommen, so äussert sich dies in Millionen von Kronen. Das Gehaltsschema der Strassenbahnbediensteten baut sich auf auf einen festen Grundlohn, Feuerungszulage, Frauen-Kinder- und anderen Zulagen. Die gleitende Zulage wird auf Grund der Lebensmittelpreise ermittelt. Die Steigerung der gleitenden Zulage wird für das Jahr 1921 mit 247 Millionen Kronen beziffert. Die im Jänner fällige Zulage wurde schon im Dezember ausbezahlt und hat 31 Millionen Kronen erbringt. Die Mehrkosten für die Bezugsverbesserung der Beamten der Strassenbahn belaufen sich auf 43.3 Millionen Kronen und es ist damit zu rechnen, dass die Materialpreise weiter steigen und dass im Laufe des Jahres weitaus mehr an Reparaturen und Erneuerungen ausgegeben werden müssen, so dass hierfür 100 Millionen Kronen gerechnet werden müssen. Es müssen auch die Zinsen für die Anleihen in fremder Valuta bezahlt werden, wofür ein Betrag von 90 Millionen Kronen eingesetzt werden muss, so dass sich eine Belastung von 511.3 Millionen Kronen ergibt. Dazu kommen neue Forderungen des Personals, auch Erhöhung der Feuerungszulagen. Wenn diese Forderungen soll erfüllt werden und

wenn in Betracht gezogen wird, dass jede Erhöhung der Feuerungszulagen und Löhne auch die Ueberstundenentlohnung erhöht und dass sich dadurch die Ausgaben für die Personaleinkommensteuer steigern, so würden diese Ausgaben unter voller Berücksichtigung der Forderungen Summen ergeben, die von einer solchen Höhe sind, dass sie auch durch Tarife nicht herbeigebriecht werden könnten.

Die Gemeindeverwaltung hat sich zunächst an die Regierung gewandt, um sie darauf aufmerksam zu machen, dass sie die Pflicht hat, dafür Sorge zu tragen, dass das wichtigste Verkehrsmittel nicht unterbunden wird. Die Regierung hat erklärt, dass sie keinen Zuschuss leisten könne, und so war die Gemeindeverwaltung gezwungen dafür Sorge zu tragen, dass durch eine Tarifregelung die Mehrausgaben gedeckt werden, wodurch jener Teil der Forderungen erledigt werden muss, der als berechnigt anerkannt werden muss.

Der Referent motiviert die Festsetzung der einzelnen Tarife, so wie die Einführung des Einheitsstarifes gegen einen Zonentarif beginnend mit 2 K, für jede weitere Zone um eine Krone steigend, bis zu 5 K, sprechen Gewichtige Bedenken. Vor allem ist bei der rasch wechselnden Frequenz der Schaffner nicht in der Lage zu überprüfen, wann und wo jeder einzelne Fahrgast eingestiegen ist und welche Zonenkarte ihm zu verarbeiteten wäre. Der erhöhte Tarif werden die Bevölkerung zweifellos stark belasten. Um ein teilweisen Ausgleich herbeizuführen, sind bei bestimmten Kartenkategorien Erleichterungen vorgesehen. Weiter beprägt er Referent die Tarifierhöhungen bei der Automobilstellwagenlinie Pötzleindorf - Salmansdorf, wo im Interesse der Bewohnerschaft dieser Gebiete der Sonntagsverkehr unterbleibt, um den Wochenendverkehr ausstandslos abwickeln zu können. Für die Belhaltung des Sonntagsverkehrs reiche der Wagenpark nicht aus. Dann ver-

weist der Referent auf den erhöhten Tarif der Kraftstellwagenunternehmung und begründet diese Erhöhungen. Die Strassenbahndirektion berechnet den mit 26. Jänner d.J. voraussichtlich eintretende Frequenzrückgang mit 15 %. Die Erfahrung habe aber gelehrt, dass ein solcher Rückgang alsbald wieder abflaut und dass die Wirkungen der neuen Tarifierhöhung bald überwunden werden.

7

GR. Vaugoin (christlichsozial) führt aus, dass von dem Defizit von 1018 Millionen, das zu Begründung der einschneidenden Tarifierhöhung angeführt werde, nur 511 Millionen aus bereits vorhandenen oder im Gange befindlichen Defiziten mit Ziffern belegt seien, während die restlichen 507 Millionen noch nicht aufgeklärt seien, sondern erst später bevorstehenden Lohnforderungen begründet werden. Es sei eine Neuigkeit, ein Defizit, bevor man es noch errechnet habe, ins Kalkül zu ziehen. Seine Partei kenne die neuen Gehaltsforderungen gar nicht, denn seiner Gewerkschaft werde die Teilnahme an diesen Verhandlungen verweigert. Das sei auch der Grund, warum seine Partei sich an der Abordnung bei der Regierung nicht beteiligt habe. Es sei merkwürdig, dass man sich an seine Partei nur erinnere, wenn sie zur christlichsozialen Regierung mitgehen sollen. Die Regierung kann ihre Aufgabe zur Deckung des Defizits nicht beizutragen, nur erfüllen, wenn der anderen Partei in diesem Saale die Mitwirkung bei den Verhandlungen nicht verweigert werde. Der Redner begründet dann des Näheren seine bereits in Aussicht gestellten und vom Referenten im Prinzip gut geheissenen Anträge auf Einführung eines von Grund aufgeänderten Zonentarifes, der das Defizit zu beseitigen sehr wohl in der Lage sei.

GR. Waldsam (chr. soz.) erklärt, dass die von der Direktion der Strassenbahnen berechnete Erhöhung der Fahrpreise um 66 % nur bei einem Teiltarife zutrefte, während die anderen Tarife um 73, 75 und 94 %, letztere bei den Hin- und Rückfahrtscheinen, die nur von Arbeitern und Angestellten benützt werden, erhöht werden. Redner stellt einen Antrag auf Herabsetzung des Tarifes für Hin- und Rückfahrtscheine.

GR. Schorsoch (Soz. Dem.): Ich bin überzeugt davon, dass niemand in diesem Saale bestreiten kann, dass es Pflicht der Gemeinde Wien ist, wo ein nachgewiesenes Defizit aufscheint, dieses Defizit zu beseitigen. Nichts anderes ist durch den heutigen Antrag bezweckt und wenn trotzdem von der Gegenseite etwas anderes dazu gesagt wird, entspringt es anderen Motiven. In der Frage des Frühverkehrs mit den Rückfahrtscheinen möchte ich einen Umstand berühren, der eine grosse Anzahl von Arbeitern betrifft, die weitab vom Arbeitsorte wohnen. Um rechtzeitig in die Betriebe zu kommen, müssen sie bis zum nächstgelegenen Strassenbahnhof fahren, weil sie dort erst einen Wagen erreichen, die Karte wird ihnen erst vom Bahnhofs ab markiert und abends können sie dann wieder nur bis zum Bahnhofs fahren und müssen von dort neuerlich zu Fuss nach Hause gehen. Diesen Passagieren müsse man das Recht einräumen den Fahrchein mit jenem Ziel markiert zu erhalten, dass sie am Abend beim nachhausefahren tatsächlich erreichen wollen. Ich stelle auch einen diesbezüglicher Antrag und bitte um dessen Annahme.

GR. Untermüller (chr. soz.) führt aus, dass wieder nur die Arbeiter und Angestellten die ganze Last der erhöhten Strassenbahntarife zu spüren bekommen.

Teil der öffentlichen Verwaltung anvertraut
eine sehr geehrten Herren, die Verwaltung einer
Gemeinde anvertraut, welche alle die Per-
sonen in Ihrer Unternehmung Herberge und Schutz
finden die Summe von Erfahrungen und von Wissen,
welche die Verwaltung Ihrer Unternehmungen zu Gebote
bringt und schätzen die Tatkraft welche zur Leitung
dieser Unternehmung erforderlich ist. Aber eines schätzen wir noch ganz
hoch: Sie wissen, daß ein Zusammenleben vieler
Personen in einer Unternehmung nur dann möglich ist, wenn sich
alle an eine gesetzte Ordnung fügen. Durch diese Ihre
Erfahrung Sie die natürlichen Bundesgenossen derjenigen,
welche die Verwaltung öffentlicher Gemeinwesen
betreiben in einem privaten Unternehmen, so ist
in öffentlichen Verbänden die Einhaltung der Ordnung
des Bestandes. Es gilt dies von der Gemeinde,
aber insbesondere auch von den großen Staats-
staaten und Ländern Sie, meine sehr geehr-
ten Herren angehören mögen - wir alle sind denen,
die in einem Lande die mühsame Arbeit der
Regierung haben. Wir gedenken in diesem feierlichen
Anlass Ehrfurcht und Liebe der Souveräne unserer Län-
der Sie mit mir einzustimmen in den Ruf: Se-Maje-
stät Josef I. und die Souveräne aller auf dem
vertretenen Staaten leben hoch, hoch, hoch!
(Hochrufe.) Sodann brachte der Bürgermeister
das Publikum nochmals herzlich begrüßte ein dreifach-
stimmiges Beifall aufgenommenes Hoch auf die
Kaiserin und Fern, Herren und Damen aus.
Am Abend des Tages Hoyer (Wien) dankte namens
der Teilnehmer der Wiener Stadtverwaltung für
den Empfang und für das große Interesse, welches
ihnen entgegengebracht wurde. Er könne dem Bürgermeister nicht
entgehen, daß er an dem heutigen Abend, nachdem er
vorher die Reise von London hierher zu-
rückgekehrt ist, um die Stadt Wien
zu besuchen Gäste wissen diesen sie hochehrenden Moment
nicht zu verpassen und werden die Tage ihres Wiener Auf-
enthaltes in der Erinnerung behalten. Er pries dann
das Werk abendländischer Kultur, erinnerte an
den Hof der Habsburger, an den Wiener Kongreß, wür-
digte die Stadt Wiens als Stätte der Pflege von Kunst und
Literatur und hob auch die Wiener Gemütlichkeit hervor,
daß es nur eine Kaiserstadt, es gibt nur eine Wien.
Er dankte auch dem Vizebürgermeister Hierhammer
für die würdige Begrüßung am ersten Kongreßabend, dankte
für die Ehre des Ehrenpräsidiums, des Ehrenausschusses

Redner beantragt den Schrebergärtnern gegen Erkennungskarten ermäßigte Karten im Vorverkauf auszufolgen, den Passus von der Umsteigeberechtigung zu streichen und die Vergütung an die Zeitkartenbesitzer im Falle einer Verkehrseinstellung.

Über Antrag des GR. Karl Schmid (Soz. Dem.) wird die Debatte geschlossen und über Antrag des GR. Weber (Soz. Dem.) die Wahl von Generalrednern vorgenommen.

GR. Erntner (Deutschnational) Generalredner pro: erklärt, dass er sich nur deswegen als Generalredner habe eintragen lassen, damit er zum Worte gelangt. Im Laufe seiner Ausführungen stellt er einen Antrag auf Einführung von Arbeiter Wochenkarten nicht nur für manuelle Arbeiter sondern für alle Angestellten überhaupt.

GR. Hölzler (Christl. Soz.) Generalredner contra bemängelt die unpraktische Art der Aufstellung des Tarifes, durch den die Bevölkerung schwer getroffen wird und verlangt Vorsorge dafür, dass die Bevölkerung nicht durch wiederholtes Stillstehen der Strassenbahn in Mitleidenschaft gezogen wird. Er wünscht, dass, wenn schon die Tarife so gewaltig erhöht werden sollen, auch die Strassenbahnbefahrer eine den Zeitverhältnissen entsprechende Entlohnung erhalten.

Der Referent weist in seinem Schlusswort darauf hin, dass aus der Tatsache, dass zwar über den Tarif gesprochen wurde, aber die Höhe des Fahrpreises doch nicht im Mittelpunkt der Betrachtungen stand, sondern das Heil in dem Zonentarif gesucht wurde, geht hervor, dass man sich des Eindruckes nicht erwehren konnte, dass die Fahrpreiserhöhung unabweislich geworden ist. Redner erwidert in seinen weiteren Ausführungen auf die in der Debatte gemachten Einwendungen.

Bei der Abstimmung werden die Referentenanträge angenommen, die Anträge Schorsch, Untermüller ~~betreffend die Umsteigekarten~~ und Erntner der geschäftsmässigen Behandlung zu geführt, der Antrag Untermüller betreffend die Umsteigekarten angenommen. Die übrigen Abänderungsanträge werden abgelehnt.

~~Die Sitzung wird hierauf geschlossen.~~

Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

r des mit lebhaftem Beifall aufgenommenen
eine patriotische Huldigung aus.
r. Neumayer betonte sodann in seiner
das heutige Fest abermals eine Aher=
alt und für die Männer bedeutet, deren
Humanitätsanstalt im wahrsten Sinne des
ankte dann der Leiterin des Festspieles
ussi unddenjenigen Personen, welche ihr
und schon seit einer Reihe von Jahren be=
Feste eine besonderen GManz zu verleihen.
r Dichterin Frau Matilde Melkus, der
oges Frau Helmel-Purschke, dem Komponi=
nd dem Dirigenten des Orchesters Lehrer
der Bürgermeister allen Gästen für ihr
atte schloß: Was uns heute zusammenge=
est der Liebe zu den Kindern. Mit dieser
unseres Volkes ist aufs engste verbunden
, zum Vaterlande, und zu seinem erhabenen
en auch diese Gelegenheit nicht vorüber=
Liebe und Treue zu unserem guten Kaiser
ngen. Gott der Allmächtige schütze,
noch viele Jahre unseren Kaiser. Seine
gnädigsten Kaiser und Herr Franz Josef I.
erte dreimalige Hochrufe.) Mit der Ab=
me schloß die Feier.

+ +

iten Male 20 Mädchen, welche bereits
erreicht haben, mit den Aussteuerbeträ=
che sie auf Grund der ihnen verliehe=
r-Polizzen Anspruch haben, beteiligt.
hre gelegentlich der Verleihung der
dendiese Beträge den Mädchen heuer
